

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial



ANDRI SILBERSCHMIDT,
VORSTANDSMITGLIED
JUNGFREISINN ZÜRICH,
BREITSTRASSE 1, 8626 OTTIKON

Sparen lohnt sich nicht mehr

Das Beispiel Zypern zeigt: Sparen lohnt sich nicht mehr – und genau dieses Geld fehlt dann in der Wirtschaft. Es kommt noch schlimmer. Der Bundesrat will in der Schweiz Bargeldtransaktionen ab CHF 100'000.– verbieten. Sie fragen sich nun: «Wann um Himmels Willen habe ich das letzte Mal eine Ware bar bezahlt, welche über CHF 100'000.– Wert hat?» Genau da ist der Haken. Wahrscheinlich haben das die wenigsten. Darum muss man einen Schritt weiter denken, um sinnvoll argumentieren zu können. Ich sehe die Motivation des Bundesrats darin, dass der Zahlungsverkehr stärker überwacht werden sollte. Die Grenze von CHF 100'000.– ist nicht für immer festgesetzt – es würde mich nicht wundern, wenn sie stetig gesenkt würde. Eine bekannte Eigenschaft von Politikern ist, dass sie ständig mehr Macht und damit mehr Kontrolle fordern. Der durch unsere Bundesrätin geplante Wegfall der finanziellen Privatsphäre (Bankkundengeheimnis) spielt zusammen mit den anderen Plänen eine zentrale Rolle. Dem Bürger wird nicht mehr vertraut, er soll zukünftig seine Unschuld beweisen müssen – man geht nicht mehr von der Unschuldsvermutung aus. Der elektronische Zahlungsverkehr ist das beste Mittel dazu, den Bürger zu überwachen. Die Zeit vom gläsernen Bürger steht uns bevor.

IN DIE OFFENSIVE GEHEN



LEANDER GABATHULER,
VIZEPRÄSIDENT SVP NIDAU,
MITGLIED JUNGE SVP, 2560 NIDAU

Am 22. September 2013 stimmen wir über die Wehrpflichtabschaffungsinitiative ab. Nächstes oder übernächstes Jahr kommt wohl noch das bereits angekündigte Referendum gegen die Gripen-Beschaffung dazu. Die Armee steht seit Jahrzehnten unter ideologischem Dauerbeschuss: Kann die Armee nicht direkt abgeschafft werden, so soll dies zumindest schrittweise geschehen. Zum Beispiel durch konstante Budgetkürzungen oder durch die Abschaffung der Wehrpflicht. Glücklicherweise konnten derartige Angriffe auf unser bewährtes System per Initiative oder per Referendum in den letzten Jahren erfolgreich abgewehrt werden. Dies zeigt, dass das Volk klar hinter einer glaubwürdigen Armee steht. Die Politik aber scheinbar nicht.

Es ist äusserst fragwürdig, wie es die bürgerliche und angeblich armeefreundliche Mehrheit (!) in Regierung und Parlament geschafft hat, die Armee mit einer Flut von Armeeformen dermassen zu demontieren. Der Armeebestand soll nun innerhalb kürzester Zeit (nach der Armeeform XXI von 400'000 auf 200'000 Mann) zum zweiten Mal faktisch halbiert werden; auf gut 100'000 Mann. Das Armeebudget hatte noch

in den 90ern einen Stellenwert von 17% des Staatbudgets, heute sind es noch knapp 8%. Die Schweiz besitzt heute als eines der wohlhabendsten Länder eines der tiefsten Sicherheitsbudgets. Tendenz weiter sinkend, das Geld wird eher an Scharia-Staaten wie Ägypten (30 Mio. CHF jährliche Entwicklungshilfe) oder an EU, IWF oder per Kohäsionsmilliarde ins Ausland verfrachtet, als dass es unserer Sicherheit zu Gute käme. Auch im europäischen Vergleich sind wir eine Lachnummer, unsere «friedlichen Nachbarn» rüsten sich mit durchschnittlich gut 1.6% des BIPs auf, mit einem solchen Budget würden wir in der Schweiz auf etwas über 9 Mrd. CHF kommen. Heute stehen wir bei 0.7% und 4.4 Mrd.

Ich bin garantiert kein Militarist und sicher nicht jemand, der mental im kalten Krieg zurückgeblieben ist. Doch die heutige Sicherheitspolitik ist in dieser Form nicht mehr tragbar und widerspricht aus meiner Sicht dem gesunden Menschenverstand. Sowohl aus materieller als auch aus personeller Sicht geraten wir mit der Umsetzung der neusten Armeeformen in die Nähe einer roten Linie, von wo an die verfassungsmässig vorgeschriebene und

In dieser Ausgabe

- 3** Jahresbericht des Präsidenten 2012
- 4** Vorsicht: Cyber-war!
- 5** Quo vadis, Korea?
- 7** Nein zur Abschaffung der Patrouille Suisse!
- 8** Ziele / Tätigkeitsprogramm 2013



von Volk und Regierung verlangte Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann. Bereits heute könnte das Land mit bald unter 100 Kampfpanzern und Artillerieeinheiten wohl kaum mehr verteidigt werden, was im Widerspruch zu Artikel 58 in unserer Bundesverfassung steht. Nur gerade mal 1/3 unserer Truppe kann heute näherungsweise ausgerüstet werden – der grosse Rest ist de facto nicht einsatzfähig. Der Schwedische Oberbefehlshaber der Armee äusserste sich kürzlich, dass die Armee das Land kaum länger als 1 Woche verteidigen könnte. Schweden hat vor ein paar Jahren die Wehrpflicht abgeschafft. Oder England rekrutiert beispielsweise seine Soldaten in Gefängnissen. Die Schweiz darf nicht dieselben Fehler machen, wie das Ausland. Stattdessen sollten wir lernen und



die richtigen Schlüsse aus diesen Fehlern ziehen.

Es ist höchste Eisenbahn, den Spiess umzudrehen. Es ist logisch, dass die Armee keinen Sinn mehr ergibt, wenn man sie während den letzten 20 Jahren dermassen heruntergewirtschaftet hat. «Ein bisschen Verteidigung» ist eben tatsächlich ungläubwürdig und ergibt keinen Sinn. Die Leerläufe und Unzufriedenheit – die weit bekannte Unterbeschäftigung – ist häufig durch fehlendes oder veraltetes Material hausgemacht. Wenn keine oder zu wenig Munition, Fahrzeuge oder persönliche Ausrüstung wie Schlafsäcke o.ä. zur Verfügung stehen, kann auch nicht trainiert werden. Stattdessen müssen die Kader improvisieren und die Zeit irgendwie totschlagen. Die Schweiz setzt weiterhin auf die Verteidigung mit Kampfpanzer und Artillerie, sie verzichtet hingegen aber auf den heutzutage immer wichtiger werdenden Luftschutz («Luftwaffe zu Bürozei-

ten») – dies symbolisiert die Planlosigkeit unserer Regierung. Diese Politik ist nicht glaubwürdig und dies wird auch bei der dienstmüden Truppe so wahrgenommen. «Wieso brauchen wir überhaupt noch eine Armee, wir werden doch nicht angegriffen – und wenn doch, hätten wir eh keine Chance» – dies ist die übliche Grundhaltung in der jungen Bevölkerung. Die Politikelite und die Armeeführung haben es nicht geschafft, den Abbau und die Selbstdemontage zu stoppen und die Bevölkerung von Sinn und Notwendigkeit einer starken Armee auch während (angeblichen) Friedenszeiten zu überzeugen. Die kürzlich beschlossene kaum nennenswerte Budgeterhöhung und der Kauf von «nur» 22 Gripen (dem absoluten Minimum!) sind da ein schwacher Trost.

Es wird Zeit, dass wir Junge aufstehen und uns als bürgerliche Jungparteien gemeinsam wehren! Es wird Zeit, dass sich jene Generation,

welche in der heutigen Armee Dienst leistet, in die Diskussion einbringt – das wäre glaubwürdig und würde einen frischen Wind und eine neue Dynamik in die abgestumpfte Armeediskussion bringen. Wieso müssen andauernd GSoA und armeefeindliche Gruppierungen (deren Anhänger häufig keine einzige Sekunde Dienst geleistet haben) den Bundesplatz besetzen? Es sind nämlich genau diese Gruppierungen, welche in den Medien die grösste Präsenz geniessen und zum Beispiel 1992 ein F/A-18-Referendum innert Rekordzeit mit einer Rekordzahl an Unterschriften (über eine halbe Million!) zustande bringen, in der Volksabstimmung 1993 dann aber trotzdem klar mit 58 zu 42% verlieren. Dürfte es nicht wieder einmal die armeefreundliche Seite sein, die den Bundesplatz füllt? Zum Beispiel eben gerade bei der Wehrpflichtabschaffungsinitiative. Oder zum Thema «Gripen». Oder einfach nur so um zu demonstrieren, dass das Volk und insbesondere die bürgerlichen Jungparteien hinter einer glaubwürdigen Armeepolitik stehen. Wir Jungen lassen doch nicht stillschweigend die Alten dermassen mit unserer Sicherheit spielen?! Es ist Zeit für einen Wandel – Es ist Zeit, ein Zeichen zu setzen!

Jahresbericht des Präsidenten 2012

Ein weiteres arbeitsreiches Jahr liegt hinter uns.

- Mit sechs PRO LIBERTATE Mitteilungen bedienten wir unsere Mitglieder, Gönner und Sympathisanten. An der Hauptversammlung durften wir den Journalisten und Buchautoren Beni Gafner zum Thema «Armee immer noch am Abgrund?» begrüssen.

- Im Berichtsjahr mussten wir von Gottfried Schwarz, Architekt aus Pieterlen, Abschied nehmen. Er war Präsident von 1986-1990 und während seiner Präsidentschaft waren Themen wie das Rüstungsreferendum der SP und die Initiative Schweiz ohne Armee aktuelle Themen. Damals wie heute, hatten die Linken immer dieselben Ziele und werden ganz offensichtlich nie klüger.

- Zusammen mit Ruedi Burger beteiligten wir uns an der Landsgemeinde in Burg und einem Generationengespräch, das in gedruckter Form an unsere Mitglieder versandt wurde. Der Titel lautet «Aufruf, 720 Jahre Eidgenossenschaft, Bedrohung, Krise und Chancen der Schweiz in der Welt gestern und heute».

- Der jährliche Mitgliederausflug führte uns im Herbst 2012 mit rund 50 Personen nach Brunnen/SZ wo wir nach einem feinen Mittagessen alles rund um Victorinox, Schweizer Sackmesser und gebrannte Wasser erfahren. Bei strahlendem Wetter genossen wir diesen Tag in der Zentralschweiz.

- Vom Buch von Franz Muheim «Die Schweiz im 21. Jahrhundert» gibt es immer noch einen kleinen Restbestand. Greifen Sie zu. Die Bücher eignen sich übrigens hervorragend als Geschenk an die junge Generation.

- PRO LIBERTATE unterstützte aktiv die Goldinitiative, welche nun erfolgreich eingereicht werden konnte. Alles im Ausland gelagerte Schweizer Nationalbank-Gold muss zurück in die Schweiz – Die Schweizerische Nationalbank muss mindestens zwanzig Prozent ihrer Aktiven in Gold halten. Nationalbank-Goldreserven sind Volksvermögen.

- In Artikeln informierten wir über Themen, die den meisten nicht bekannt waren. So über die Stadt Zug, die 1887 in den See stürzte oder den Grossbrand von Glarus 1861. Der Kampf für die Armee nahm viel Platz ein und wir berichteten über Exponenten des Aktivdienstes und würdigten deren grossen Leistungen.



OBERST THOMAS FUCHS,
GROSSRAT UND A/NATIONALRAT,
PRÄSIDENT SCHWEIZERISCHE
VEREINIGUNG PRO LIBERTATE, BERN

E-Mail: fuchs@fuchs.tv
www.prolibertate.ch

Es gelang uns auch, auf international wenig bekannte Fakten aus Tokio, Korea oder Peking und die Gefahren des Handelns für die ganze Welt hinzuweisen. Die spannenden Artikel von Dr. Friedrich-Wilhelm Schломann sind uns immer herzlich willkommen und schon bald wird er mit seiner Gattin wieder seine Ferien in Spiez verbringen. Es war für uns daher eine grosse Freude, dass wir seine Schrift «Mein Leben im Schatten der Berliner Mauer» herausgeben durften.

PRO LIBERTATE – gut im Schuss

Mit einer soliden Basis aus treuen Mitgliedern und Gönnern kämpfen wir für eine glaubwürdige Landesverteidigung und für mehr Freiheit. Wir haben klare Positionen und treten kompetent und wirksam auf. Vom neuen Parlament ist leider auch in Zukunft nicht viel zu erwarten. Gerade die Armee scheint immer mehr Freunde im Parlament zu verlieren. Trotzdem für uns ist klar: Mit Dr. Rudolf P. Schaub haben wir einen ausgewiesenen Kenner der Armee gefunden. Die Broschüre «Hochseilakt der Schweizer Armee mit Absturzgefahr» konnten wir dank ihm allen Mitgliedern Ende Jahr zustellen. Eine glaubwürdige Landesverteidigung ist und bleibt erklärtes Ziel von PRO LIBERTATE.

Mitmachen – logisch

Wir bieten unseren Mitgliedern und Sympathisanten auch 2013 wieder einiges und wir wollen zeigen, dass Menschen die zur Schweiz stehen, nicht alleine sind, wie man dies nach dem Lesen der Einheitspresse gelegentlich glaubt. Unsere Leser erhielten so auch die Novelle von Daniel

Gehring «Fauvette, die stille Front», welche sich wie ein Krimi liest.

PRO LIBERTATE-Mitteilungen

Die PL-Mitteilungen haben sich bewährt und zahlreiche Vertreter aus Armee, Klein- und Mittelbetrieben und Parlamentarier haben die Leserschaft über die aktuelle Abstimmungen, die Lage im In- und Ausland, den schleichenden EU-Beitritt sowie über interessante Persönlichkeiten sechs Mal im Jahre 2012 informiert. Ein grosser Dank gebührt unserem regelmässigen Kolumnisten Stadtrat Patrick Freudiger, Rechtsanwalt und Vizepräsident sowie allen Vorstandsmitgliedern, unserem Sonderkorrespondenten Dr. Friedrich-Wilhelm Schломann aus Königswinter/Bonn sowie Dr. Rolando Burkhard aus Bern und Dr. phil. Johann Ulrich Schlegel aus Zürich.

PRO LIBERTATE-Finzen

Die Mitgliederbeiträge sind wie geplant einbezahlt worden. Die zusätzlichen Spenden sind erfreulich. Für die künftigen Tätigkeiten gilt es nun, weitere finanzielle Reserven zu bilden. Weiterhin nehmen wir sehr gerne auch Zuwendungen in WIR-Checks entgegen.

PRO LIBERTATE-Mitgliederbestand

Der Mitglieder- und Sympathisantenbestand konnte weiter ausgebaut werden. In der heutigen Zeit alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Die vielseitigen Aktivitäten zeigen Erfolge. Dies ist umso erfreulicher, wenn man berücksichtigt, dass wir weiterhin viele Abgänge infolge Tod und Alter hatten. Rühren auch Sie kräftig die Werbetrommel für PRO LIBERTATE in Ihrem Bekannten- und Verwandtenkreis. Herzlichen Dank im Voraus.

PRO LIBERTATE-Vorstand

Mit Marcel Bieri haben wir einen Kassier, der seit Jahrzehnten aktiv mitmacht und mitdenkt und mit Nathalie d'Addezio, Patrick Freudiger und Jürg M. Stauffer haben wir einen im Vergleich mit anderen Vereinen sehr jungen Vorstand.

Auch 2013 gibt es wieder viel zu tun. Merci für Eure aktive Mithilfe und Unterstützung in jeder Form. Packen wir es gemeinsam an, für unser Land, für die Schweiz! Es lohnt sich.



DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

Während der letzten Februar-Tage haben Hacker in mehreren europäischen Ländern die Computersysteme der Regierungen angegriffen; ebenso waren Denkfabriken vier weiterer Staaten ihr Ziel. Wenige Wochen zuvor gelang es Hackern in Syrien, das E-Mail-System einer israelischen Zeitung zu beeinträchtigen. Erst Anfang Februar war bekannt geworden, dass Hacker der Volksrepublik China über Rechner einer US-Universität monatelang in das Computersystem der «New York Times» eindringen. Sie wollten auf diese Weise die heimliche Quelle in Peking aufspüren, welche dem Blatt die Unterlagen über den Reichtum von über zwei Milliarden Dollar des damaligen Ministerpräsidenten Wen Jinbao zugespielt hatte. Tage später meldete der Internet-Dienst Twitter, Unbekannte hätten sich die Daten von 200'000 Millionen aktiven Nutzern verschafft. Im Dezember wurde die US-Denkfabrik «Council of Foreign Relation» Opfer eines Angriffs; wiederum deutete alles auf Urheber in China. Grossbritannien hat das Eindringen von Hackern in das Kommunikationssystem seines Aussenministeriums bis heute nicht vergessen. Derartige Attacken mit Hackern, Viren, Würmern und so genannten Trojanischen Pferden gehören fast schon zum heutigen Alltag. Nach Auskunft Berner Sicherheitsstellen geschehen solche elektronischen Angriffe in der Schweiz «täglich». Im Vergleich zu anderen Ländern ist ihre Zahl bisher relativ gering, sofern diese überhaupt erkannt und den Behörden bekannt wurden. Nicht übersehen sollte man auch die Rekrutierungsbestrebungen junger Menschen zu islamistischen Terrororganisationen. In Deutschland erfolgen Cyber-Versuche sogar alle zwei-drei Sekunden. Vor Jahren tauchten chinesische Spionageprogramme sogar im Bundeskanzler-

VORSICHT: Cyber-war!

amt auf. Anonyme Hacker drangen ebenfalls in Fahndungscomputer der dortigen Bundespolizei ein, die bis dato zu den sichersten der Welt gegolten hatten!

Das alles konnte eigentlich nicht überraschen: Schon der jüngste Verfassungsschutzbericht Österreichs hatte festgestellt, die Bedrohungen aus dem Cyber-Raum «sind heute komplexer denn je». Das Bundesamt für Sicherheit in Bonn wies in seinem unlängst veröffentlichten Lagebericht auf ihre «bislang nicht gekannte Professionalität» der Angriffe hin. Neben nicht seltener Sabotage und Manipulation geht es primär um die Ausspähung politischer und militärischer Geheimnisse. Bei der massiven Wirtschaftsspionage sind neuerdings besonders interessant die Bereiche erneuerbarer Energien, Nanotechnologie sowie Elektromobilität. Es dürfte kaum überraschen, dass auch der EU-Rat nicht verschont wurde. Seit langem fordert er eine verschärfte Gesetzgebung gegen das Cyber-Milieu und eine bessere Kooperation sowie Koordination zwischen den einzelnen Mitgliedsländern, doch sind die Verhältnisse in den einzelnen Staaten oft recht unterschiedlich und sogar das Verständnis für die Thematik.

Die Deutschen glauben durch ihr kürzlich eröffnetes Cyber-Abwehrzentrum (mit seinen lediglich zehn Planstellen) genügend geschützt zu sein – welch eine Illusion! Dass in anderen Ländern nicht viel bessere Zustände herrschen, ist nur ein schwacher Trost. Die meisten elektronischen Angriffe richten sich gegen die USA, sind sie doch immer noch die führende politische sowie militärische Macht, und ist ihre Wirtschaft weiterhin die modernste – zugleich aber auch leicht zu verletzen. Die Zahl der gemeldeten Cyber-Attacken stieg letztes Jahr gegenüber 2011 um 75 Prozent! Netzwerke der US-Regierung «werden täglich millionenfach angegriffen», stellte ein bekannter Experte fest. Nach einem Bericht eines Kongress-Komitees dürfte letztes Jahr allein der wirtschaftliche Schaden etwa 300 Milliarden betragen haben. Auffällig ist, dass in jüngster Zeit besonders die «kritischen Strukturen» ausgespäht wurden; darunter sind die Lebensadern eines Staates zu verstehen, also primär Lastverteilungsrechner der Stromnetze, Prozess-Steue-

rungscomputer in Raffinerien und anderen Industrieanlagen, Bankcomputer sowie der Luftverkehr. Die Folgen derartiger Angriffe und speziell erfolgter Sabotage oder auch Manipulationen können überaus schnell ein ganzes Land lahmlegen, sie können sogar existenzbedrohend sein!

Viele Cyber-Angriffe kommen aus Russland, dem Nahen Osten und von Nordkorea. Die meisten und auch gefährlichsten stammen aus China und «haben inzwischen ein Niveau erreicht, wie es vor kurzem noch unvorstellbar war», stand in einem Bericht eines westeuropäischen Abwehrdienstes. Verantwortlich ist das «Zweite Büro» mit schätzungsweise 200'000 Spezialisten, welches der 3. Abteilung des Generalstabs der «Volksbefreiungsarmee» untersteht. Sein Hauptsitz befindet sich in der Provinz Chengdu; Filialen konnten bisher in Peking, Kanton und Jinan festgestellt werden. Besonders aktiv während der letzten Zeit war deren Abteilung mit der Geheim-Kennziffer «61398», die von einem zwölfstöckigen Hochhaus in der Datong Street in Shanghai aus operiert. Zu Recht sieht man in Washington in jenem Cyber-War eine ernsthafte Bedrohung seines Staatwesens. Hatte Präsident Obama schon früher Angriffe auf «Kritische Strukturen» als direkte Kriegserklärung gegen die USA gewertet, so hat er jetzt Anfang Februar bei unmittelbar bevorstehenden Cyber-Attacken eines Gegners sogar die Möglichkeit von militärischen Präventivschlägen seitens Nordamerikas eingeräumt!

Höchste Alarmstufe herrscht bei nahezu allen Abwehrstellen auf eigentlich allen Erdteilen vor dem Computer-Virus «Roter Oktober», der letzten Herbst festgestellt wurde – wahrscheinlich aber bereits seit wenigstens fünf Jahren unentdeckt arbeitet! Ziel seiner weltweiten Ausspähung ist das Eindringen in die Internet-Systeme von Regierungen, Botschaften und Forschungseinrichtungen. In Europa waren es die Regierungen Luxemburgs, Spaniens und Weiss-Russlands. Die betroffenen diplomatischen Einrichtungen gehörten der Schweiz, Belgien, Frankreich, Deutschland und Österreich sowie einigen früheren Sowjet-Republiken. Das Späh-System ist auch äusserst aktiv: Im Zeitraum vom 2. November 2012 bis 3. Januar

2013 konnten mehr als 55'000 Verbindungen in mehr als 39 Staaten beobachtet werden. Die Art des Vorgehens war zumeist das unauffällige Abgreifen von Nachrichten auf den befallenen Rechnersystemen. Besonderes Augenmerk gilt ganz offenbar den durch die NATO und die EU verschlüsselten sensitiven Informationen. Bemerkenswert muss erscheinen, dass besonderes Interesse der Ausspähungsbemühungen der Steuerung von Öl- sowie Gasförderungsanlagen und -pipelines sowie gerade auch geopolitisch bedeutsamen Erkenntnissen gilt. Bis heute jedenfalls ist die im «Roten Oktober» verwandte Malware mit allen bisher herkömmlichen Virenschutzprogrammen nicht detektierbar! Seltsamerweise tauchen im Text manchmal Bezeichnungen in russischer Sprache auf; derartige Fehler in Form indirekter Hinweise auf die Quelle können selbstverständlich

geschehen doch bei einem solchen System wie dem «Roten Oktober» dürfte dies eher auf eine bewusst angelegte Täuschung in Form einer falschen Fährte deuten...

Einen absolut zuverlässigen digitalen Schutz gibt es nicht, aber der Zugang zu den Computern kann erschwert werden: Erfolge bei der Abwehr von Cyber-Angriffen verspricht allgemein eine Firewall, die wie ein Filter wirkt – welcher natürlich stets auf der Höhe der Entwicklung eingestellt sein muss. Allerdings stehen diese Sicherheitsmauern darüber hinaus gehenden Angriffen mit spezifizierter Software in der Regel wehrlos gegenüber. Ohnehin verfügt kaum ein Viertel der Benutzer über eine Firewall. Der grösste Schwachpunkt bleibt der einzelne Mensch in den Behörden, in der Wirtschaft, aber ebenfalls im Militär, welcher auf das Internet-Leben in der heutigen Form und in seiner ge-

samten Tragweite kaum genügend vorbereitet ist. Es herrscht weitgehende Unkenntnis über dessen Bedrohungen, es fehlt allzu oft an einem notwendigen Sicherheitsbewusstsein. Es gibt immer noch Unternehmen, auch in der Schweiz, deren Kosten für das Toilettenpapier ihrer Mitarbeiter höher sind als diejenigen für die Internet-Sicherheit ihres Betriebes!

Das Wichtigste muss daher sein, Menschen mit Arbeiten an Computern und am Internet über alle möglichen Gefahren aus dem Netz zu sensibilisieren. Auf einem internationalen Symposium über die heutige Cyber-Welt meinte einmal ein Experte, ob wirklich erst ein «elektronisches Pearl Harbor» wie damals 1941 geschehen müsse, um die Öffentlichkeit in Politik, Wirtschaft und im Militär wachzurütteln. Manchmal gewinnt man den Eindruck, er könnte wirklich Recht behalten!

QUO VADIS, KOREA?



Bild: zvg

Ein Photo von Kim Yong-chol, das bestimmt noch nirgendwo in Europa veröffentlicht wurde. Es stammt aus dem nordkoreanischen Staatsfernsehen und wurde am 6.3.2013 von einer südkoreanischen Zeitung veröffentlicht.

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

Der dritte Nukleartest der «Demokratischen Volksrepublik Korea» (DVRK) am 1. Februar war für das Regime ein grosser Schritt auf seinem Weg zur Atommacht. Gewiss war dieser schwächer als die US-Atombomben auf Japan 1945; andererseits wurden dabei statt Plutonium erstmals auch das gefährlichere Uran benutzt. Die jetzige Minibombe passt ebenfalls auf Raketen und Geschütze, sie wäre also – wenn auch begrenzt – durchaus ebenfalls in einem Krieg gegen Süd-Korea einsetzbar. Die Kosten für diese Nuklear-Aufrüstung

schätzt der Westen auf 1,5 Milliarden US-Dollar, das ist in etwa der Preis für 5,3 Millionen Tonnen Getreide und könnte die Nordkoreanische Bevölkerung ein Jahr ernähren. Sollte Diktator Kim Jong-un wirklich nicht geahnt haben, dass die USA nach jenem Test ihre bisherigen Lebensmittel-Spenden einstellen und China sie minimiert und damit sein Volk erneut vor einer Hungersnot steht? Im Gegensatz zu all seinen früheren Forderungen und trotz der bevorstehenden Situation verlangt Pjöngjang keine Hilfe an Nahrungsmitteln, ebenso lehnt es alle Verhandlungen über einen Verzicht auf seine atomare Frage strikt ab.

Ziel Kim Jong-uns sind einmal internationale Anerkennung als Atommacht und andererseits gleichberechtigte Verhandlungen mit Washington. Andererseits verbreitete er im Februar Videos, welche den US-Präsidenten mit seinen Soldaten in Flammen zeigten. Anfangs März drohte der Norden erstmals mit einem nuklearen Erstschlag auf die USA, sprach sogar von seinem «Recht auf einen ato-

maren Erstschlag» – ein erneuter Krieg sei «unvermeidbar». Tatsächlich verfügt das Land noch nicht über die Trägertechnologie, US-Städte anzugreifen, doch sollen noch in diesem Jahr weitere Atomtests folgen. Ob Kim sich wirklich nicht vorstellen kann, dass er damit sein eigenes Grab schaufeln würde? Sein Fern-Ziel ist der Abschluss eines Friedensvertrags mit den Amerikanern, bei dem deren Abzug aus dem militärisch unterlegenen Süd-Korea verlangt wird. Dann kommt es sicherlich auch sehr schnell zum – so Kim Jong-un wörtlich – «Befehl zum Beginn des gerechten grossartigen Vorrückens für die nationale Wiedervereinigung». Auf einer UN-Abrüstungskonferenz sprach der DVRK-Vertreter Ende Februar von der «endgültigen Vernichtung» Süd-Koreas. Am 8. März hat Pjöngjang den einstigen Nichtangriffspakt mit Seoul und sogar den Waffenstillstand von 1953 aufgekündigt und im innerkoreanischen Grenzort Panmunjom sind die Nordkoreaner aus der Verhandlungsbaracke ausgezogen, der «rote Draht» zwischen den beiden

Landesteilen wurde zerschnitten! Juristisch besteht damit zwischen den zwei Koreas wieder direkter Krieg. Auffällig ist, dass diese wichtigen Erklärungen von Kim Xong-chol erfolgten, dem Leiter der nordkoreanischen Spionage, welcher vor drei Monaten noch ein unbekannter Zwei-Sterne-General war und im Februar zum Vier-Sterne-General befördert wurde. Mit diesem hohen Rang in dem System gilt der Scharfmacher heute als einer der engsten Vertrauten des Diktators.

Von südkoreanischer Seite verlautet, für einen Kriegsüberfall aus dem kommunistischen Norden seien «alle Vorbereitungen abgeschlossen». Die entscheidende Frage ist, ob in «dem heiligen Krieg» Nord-Korea mit seinen Truppen die südkoreanische Hauptstadt Seoul, die ohnehin im ständigen Bereich der Artillerie und Raketen der DVRK und lediglich 39 km von der Demarkationslinie entfernt liegt und das Zentrum für Militär, Verwaltung und Wirtschaft des Landes darstellt, erobern können. Jene Wegstrecke ist für einen Kriegsüberfall vom südkoreanischen Militär sehr gut vorbereitet, andererseits sollte man die jahrzehntelange Hasserziehung der Elite-Truppen Kims nicht unterschätzen! Seoul beschleunigt jetzt die Entwicklung seiner Cruis Missiles «Hyumnoo 3», die jeden Punkt im Norden erreichen kann. Die südkoreanische Bevölkerung sieht in dem Atomtest Pjöngjangs zu über 42 Prozent «eine ernste militärische Bedrohung», über 51 von Hundert wollen eigene Nuklear-Waffen, lediglich 8,3% glaubt, die USA mit ihren Waffen würden solche überflüssig machen. Die neue Präsidentin Park jedenfalls wird Washington bitten, ihre 1991 abgezogenen Atomwaffen wieder in Süd-Korea zu stationieren oder sie doch ein eigenes Atomprogramm entwickeln zu lassen.

Auch in Tokio mehren sich die Stimmen nach einer eigenen japanischen Nuklear-Aufrüstung, für die nur 90 Tage nötig wären. Schon seit Jahresbeginn gibt es keinen Handelsverkehr mit Nord-Korea, Schiffe von dort dürfen keine Häfen Nippons anlaufen. Es gibt indes immer noch eine Schiffsverbindung zwischen den Ländern mit oft geheimnisvollem Inhalt – wird sie absichtlich beibehalten?

China hatte Pjöngjang mehrfach vor jenem Atomtest gewarnt, doch ist

sein Einfluss dort äusserst gering geworden. Dabei ist die «Demokratische Volksrepublik Korea» vom Riesenreich abhängiger denn je: Viele Lebensmittel und 90 Prozent ihres Öl-Bedarfs bezieht sie von dort. Bei einer völligen Einstellung würde das Regime einen Kollaps erleiden mit einem grossen Flüchtlingsstrom in das Nachbarland. In Peking wiederum, wo man in langen Zeiträumen denkt, scheinen führende Funktionäre ihre Vorstellungen über die Sicherheit in Fernost zu ändern. Ganz offen schreibt der stellvertretende Chefredaktor in der neuesten Ausgabe der Zeitung der Zentralen KPCh-Parteischule, «China sollte Nord-Korea aufgeben». Die sehr grosse Frage ist, wie stark die Anhänger dieser Ansicht Unbestritten sind: Auf ein atomares Nord-Korea wird zweifellos bald ein ebenso nukleares Japan folgen sowie ein Süd-Korea mit US-Atomwaffen oder gar aus eigener Produktion. Zwangsläufig wird auf ziemlich engem Raum ein Gefahrenpotential entstehen, dessen Konsequenzen heute noch unüberschaubar sind. War Nord-Korea für Peking bisher ein Aktivposten, wird es zunehmend zur Belastung. Das Land stellte in der Bewertung Chinas bisher einen wichtigen Pufferstaat gegenüber US-Truppen im Süden der Halbinsel dar, doch nunmehr dominiert das Problem der Atompolitik Pjöngjangs. Ende letzten Jahres hatte der damalige südkoreanische Präsident Lee Myung-bak in Peking führenden KP-Funktionären versichert, bei einer Wiedervereinigung Koreas würden die US-Truppen nicht den 38. Breitengrad überschreiten – der Norden Koreas bleibe also weiterhin ein Pufferstaat. Innerhalb der chinesischen Führung herrscht heute nicht selten die Ansicht, ein einheitliches Korea (im Sinne Seouls) würde nicht gegen die Sicherheitsinteressen der Volksrepublik China verstossen und man könnte daher ein solches Korea tolerieren. Diese Politik-Änderung wird nicht sofort erfolgen und für Ausenstehende wahrscheinlich kaum sichtbar sein. Schon um einen Kollaps angesichts einer erneut zu befürchtenden Hungersnot zu vermeiden, wird Peking weiterhin Getreide und auch Öl in die DRVK liefern – wenn zweifellos auch in wesentlich geringerem Umfang. Der Weg zur staatlichen Einheit dieses «Landes

der Morgenröte» wäre damit theoretisch frei.

Wie diese allerdings erfolgen soll, liegt völlig im Dunkeln. Denn primäres Motiv Kim Jong-uns ist doch gerade der Macht-Erhalt seines Clans, wie in jeder Diktatur sind die Untertanen letztlich ohne Wert. Die Menschen im Nordteil Koreas sind mit ihrem System überaus unzufrieden, sie sind aber auch über die viel besseren Lebensverhältnisse ausserhalb ihres Landes relativ gut informiert, doch Anzeichen für einen offenen oder subversiven Widerstand ist bisher zumindest nicht erkennbar.

Die neuen Sanktionen des UN-Sicherheitsrats, die ebenfalls von China angenommen wurden, stellen eine weitere Verschärfung dar: Es sind Reiseverbote für politische Kader Pjöngjangs, auf der «Schwarzen Liste» der UN stehen wegen ihrer oft recht dunklen Tätigkeiten die II. Akademie für Naturwissenschaften in Pjöngjang sowie eine Handelsgesellschaft. Schiffe von und nach der DVRK können kontrolliert werden, was Pjöngjang inzwischen als «Kriegsgrund» bezeichnet. Das betrifft primär jeden Import von Luxuswaren für Kim Jong-un, der mit diesen Geschenken wie Autos, hochwertigen Getränken und besonderen Zigarettenmarken viele seiner Funktionäre ködert und diese von sich abhängig macht; ob sie bei ihrem Ausbleiben zu ihrem Führer weiterhin in uneingeschränkter Loyalität stehen werden, bleibt abzuwarten. Spüren wird das Regime jedenfalls die stärkere Kontrolle seiner Banken im Ausland, es handelt sich besonders um die Banco Asia in Macao und eine weitere in London; betroffen aber wird auch die Tanchon Commercial Bank sein, über die die Finanzierung des illegalen Waffenhandels Pjöngjangs läuft. Ein Sprecher des US-Staatsdepartements liess durchblicken, die einsetzenden Massnahmen «werden äusserst effektiv» sein, was auf subversive Aktionen der CIA hindeuten könnte.

Bei den Vereinten Nationen glaubt indes niemand, dass Kim Jong-un seine atomaren Ambitionen aufgeben wird. Wird man wirklich nicht den Weg der «Demokratischen Volksrepublik Korea» zur Nuklear-Macht verhindern können? Wohin geht die Welt, muss man sich fragen...

Nein...



...zur Abschaffung der Patrouille Suisse!

Den Erhalt der Patrouille Suisse wird PRO LIBERTATE nötigenfalls mit einer Volksinitiative durchsetzen



PATRICK FREUDIGER,
VIZEPRÄSIDENT PRO LIBERTATE,
RECHTSANWALT UND STADTRAT,
LANGENTHAL

E-Mail: p.freudiger@besonet.ch

Die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE ist empört über die Absicht des Bundesrates die Patrouille Suisse in Frage zu stellen.

In Zeiten der politischen Instabilität ist eine stabile Landesverteidigung mit einer stabilen Luftwaffe entscheidend. Die Patrouille Suisse ist ein äusseres Zeichen für die Leistungsfähigkeit unserer Luftwaffe.

Die im Jahr 1964 gegründete Patrouille Suisse ist die offizielle Jet-Kunstflugstaffel der Schweizer Luftwaffe und gilt als Visitenkarte der Schweizer Armee im In- und Ausland. Deren Aufgabe ist es, die Leistungsfähigkeit, die Präzision und die Einsatzbereitschaft der

Schweizer Luftwaffe zu demonstrieren. Die Patrouille Suisse gibt einen Einblick in die Faszination des Formationsfluges und motiviert unsere Jugend für Berufe rund um die Aviatik. Alle Mitglieder der Patrouille Suisse sind Berufsmilitärpiloten oder Flugverkehrsleiter von skyguide und üben diese Zusatzaufgabe nur während der jeweils laufenden Saison aus. Die Abschaffung ist für uns inakzeptabel.

Die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE wird nötigenfalls den Erhalt der Patrouille Suisse mit einer Volksinitiative durchsetzen. Dies ist keine Drohung, sondern ein Versprechen!

**Unterstützen Sie unser
Engagement mit einer
ungebundenen Zusatzspende
Vermerk «Patrouille Suisse»**



Ziele / Tätigkeitsprogramm 2013:

8

- ▶▶ HERAUSGABE von 6 Ausgaben der Schrift «PL-Mitteilungen»
- ▶▶ DURCHFÜHRUNG von geselligen und kameradschaftlichen Mitgliederanlässen
- ▶▶ ZUSAMMENARBEIT mit PIKOM weiterführen
- ▶▶ STÄRKUNG der Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz und des bewährten Milizprinzips
- ▶▶ AUSGEWÄHLTEN Bücherdienst weiterführen unter dem neuen, kundenfreundlicheren Internetauftritt unter www.prolibertate.ch
- ▶▶ HERAUSGABE Buch «Erinnerungen», sofern die Finanzierung beigebracht werden kann. Die Memoiren von Pfarrer Walter Landolt-Merz, geb. 1917, aus Gais, als einer der letzten Zeitzeugen die den 2. Weltkrieg als Schweizer Soldat von fern und nah miterlebt hat
- ▶▶ VERTRIEB der restlichen Exemplare der Novelle «Fauvette» von Daniel Gehring aus St. Gallen. Die spannende Geschichte handelt im 2. Weltkrieg und in der heutigen Zeit
- ▶▶ MILIZARMEE stärken. NEIN zu allen Versuchen der Linken und der Armeeabschaffer, welche die Armee und die Luftwaffe weiter schwächen wollen. Die heutige tiefe Diensttauglichkeitsquote junger Mitbürger ist wieder zu erhöhen.
- ▶▶ DIE WAFFE gehört dem Wehrmann und nicht ins Zeughaus. Das «Obligatorische» darf nicht abgeschafft werden. Weitere Verschärfungen des Waffengesetzes sowie zentrale Waffenregister bekämpfen.
- ▶▶ AUSTAUSCH mit befreundeten Organisationen weiterführen (PIKOM, AUNS, Giardino, Medienpanoptikum, AVV, Aktion Aktivdienst, Abendland, Alpenparlament, Zukunft CH, Bund der Steuerzahler, Stiftung Freiheit und Verantwortung usw.)
- ▶▶ DEN SCHLEICHENDEN EU-Beitritt und Annäherungen unmissverständlich ablehnen.
- ▶▶ AKTIVE UNTERSTÜTZUNG der Initiative «Rettet unser Schweizer Gold»
- ▶▶ DURCHSETZUNG der vom Volk angenommenen Ausschaffungsinitiative mittels der Durchsetzungsinitiative. Kriminelle Ausländer dürfen in der Schweiz kein Gastrecht haben, sondern haben unser Land unmissverständlich zu verlassen. Es sind mit allen Staaten entsprechende Rückübernahmeabkommen abzuschliessen.
- ▶▶ PRESSEMITTEILUNGEN zu aktuellen politischen Themen verfassen

Herzlichen Dank wenn Sie uns in der Erreichung der obigen Ziele mit einem finanziellen Beitrag gezielt fördern und für die SCHWEIZERISCHE VEREINIGUNG PRO LIBERTATE bei Bekannten, Freunden und Nachbarn Werbung machen!

Exklusiv bei...
PRO  LIBERTATE



- Pointiert und eindrücklich schildert Gehring's Novelle die Aktivitäten des militärischen Nachrichtendienstes und die bedrohliche Gratwanderung am Abgrund der «braunen Sauce»!
- «Fauvette – die stille Front» ist die bewegende Hommage an Roger Masson et ses copains und deren Einsatz hinter feindlichen Linien.
- Die Geschichte ist geprägt von bedingungslosem Gehorsam, Disziplin und Aufopferung bis zur letzten Konsequenz.
- «Fauvette» liest sich spannend wie ein «Krimi» und spricht eine klare Sprache.

Sie können Spenden
an PRO LIBERTATE
auch in **WIR**
tätigen

Schweizerische Vereinigung
PRO LIBERTATE,
Postfach 587, 3052 Zollikofen.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung

Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs, a/Nationalrat
Geschäftsstelle:

Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE,
Postfach 587, 3052 Zollikofen
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6-8x jährlich. Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC 30-26847-0

Vorstand

Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz
Patrick Freudiger (Vize-Präsident), 4900 Langenthal
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Jürg M. Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen
Nathalie D'Addezio, 3006 Bern